

3.1 Menschenfeindliche Orte – Regionale Ausprägungen rechtsextremer Einstellungen in Deutschland

Yann Rees · Jonas H. Rees · Andreas Zick

3.1.1 *Einleitung*

Aktuelle Zahlen des sächsischen Innenministeriums ließen im März 2021 aufhorchen. Als Antwort auf eine Kleine Anfrage der Landtagsabgeordneten Kerstin Köditz (Die Linke) hatte das Ministerium eine Übersicht rechtsextremer und ausländer_innenfeindlicher Straftaten in Sachsen zusammengestellt. Insbesondere die Leipziger Region fiel dabei als Brennpunkt solcher Straftaten auf (Debski 2021). Dies ist auch deswegen bemerkenswert, weil sich nicht nur diese Region, sondern das gesamte Bundesland Sachsen eher durch eine geringe Diversität auszeichnet, wie sie sich beispielsweise am Anteil von Menschen nicht deutscher Staatsangehörigkeit manifestiert. Schon nach der Bundestagswahl 2017 stand das Land Sachsen im Fokus politischer Diskussionen: Die AfD konnte dort mit Parolen wie »Hol Dir Dein Land zurück« ihr bundesweit höchstes Ergebnis erzielen und die CDU als stärkste Partei ablösen (z. B. Kolb 2017). Narrative im Kontext einer vermeintlichen »Überfremdung« durch Ausländer_innen, Migrant_innen oder Geflüchtete werden bei rechtsmotivierten Straftaten gleichzeitig immer wieder als Rechtfertigung herangezogen (Forschungsgruppe Anti-Asyl-Agitation 2020).

Wie kommt es, dass gerade in Regionen mit geringem Ausländer_innenanteil rechtsextreme Einstellungen und Handlungen so verbreitet sind? Im vorliegenden Kapitel wollen wir zunächst kurz zwei gut belegte theoretische Zugänge zu dieser Frage vorstellen. Dabei werden wir feststellen, dass der gegenteilige Zusammenhang – je höher der Ausländer_innenanteil, desto höher die menschenfeindlichen Einstellungen – zumindest theoretisch ebenso gut begründbar wäre. Nicht zuletzt handelt es sich um eine weitverbreitete und nicht nur im Rechtspopulismus und Rechtsextremismus verhaftete Erzählung, dass »die Heimat« durch Migration bedroht oder »überfremdet« werde. Rechtspopulistischen Parteien wie der AfD scheint es besonders gut zu gelingen, gerade den objektiven Umstand, dass behauptete Feindbilder fehlen, zu nutzen, um zu einem

gesellschaftlichen Klima beizutragen, in dem rechtsextreme Meinungen sagbarer und Verhaltensweisen womöglich wahrscheinlicher werden.

3.1.2 Regionale Faktoren und rechtsextreme Einstellungen und Handlungen

Die Frage nach Zusammenhängen von regionalen Faktoren und politischen Einstellungen und Verhaltensweisen, wie sie sich zum Beispiel in Wahlen niederschlagen, beschäftigt die Forschung seit Längerem. In zeitgenössischen Analysen der Reichstagswahlen in der Weimarer Republik etwa wurden vergleichbare Fragen im Kontext der Wahlerfolge der Nationalsozialist_innen behandelt (z. B. Dix 1930; Stephan 1932). Auch in neueren Studien wird die Rolle regionaler Ausprägungen wie der Ausländer_innenanteil für rechtsextreme Einstellungen auf der einen und rechtsextreme Handlungen wie Hasstaten gegen Geflüchtete oder (extrem) rechtes Wahlverhalten auf der anderen Seite untersucht (z. B. Benček & Strasheim 2016; Rees et al. 2019; Teney 2012; Wagner et al. 2020).

Dass regionale und räumliche Charakteristika auch über lange Zeiträume hinweg einen Einfluss auf rechtsextreme Orientierungen haben, hier besonders Vorurteile und Rassismus als Kernelemente des Rechtsextremismus, ist in der Forschung unumstritten (Voigtländer & Voth 2012). Im Folgenden untersuchen wir daher, wie sich rechtsextreme Einstellungen in der Mitte-Studie 2020/21 in Deutschland regional auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte verteilen, und prüfen dabei die gegensätzlichen Annahmen der Kontakt- und Bedrohungshypothese, die im Folgenden erläutert werden.

3.1.3 Kontakterfahrungen oder Bedrohung? Ausländer_innenanteil als regionaler Einflussfaktor für rechtsextreme Einstellungen

Die Kontakthypothese, die in der Theorie des Intergruppenkontakts von Allport (1954) entwickelt wurde, ist eine der bekanntesten Annahmen zur Erklärung von Vorurteilen. Sie wird mehr oder minder explizit in vielen Programmen und Projekten zur Reduktion von Vorurteilen und Rassismus herangezogen. Die Hypothese geht davon aus, dass der Kontakt von Menschen, die sich mit einer Ingroup oder Eigengruppe identifizieren, und Menschen aus anderen Gruppen, Outgroups oder »Fremdgruppen«, zu einer Verminderung von negativen Stereotypen und Vorurteilen führt. Wesentlich für die Verminderung negativer Einstellungen sind laut Theorie vier Bedingungen: Die Gruppen sollten einen

gleichen Status in der jeweiligen Kontaktsituation haben, sie sollten gemeinsame Ziele verfolgen, miteinander kooperieren, und der Kontakt sollte von den Institutionen, in denen sie stattfinden (Schule, Städte, Staat etc.) unterstützt werden (vgl. Pettigrew 2009). Die Kontakthypothese wurde in zahlreichen Studien getestet und belegt, wie eine Metaanalyse von über 500 empirischen Arbeiten zeigt (Pettigrew & Tropp 2006). Dabei fand die Forschung auch heraus, dass die Erfüllung der vier Bedingungen nicht zwangsläufig notwendig ist, um den vorurteilsmindernden Effekt zu erreichen. Ebenso können auch zufällige Begegnungen zu einem Abbau von Vorurteilen und abwertenden Einstellungen führen (Pettigrew 1998). In der Forschung wurden zahlreiche Gruppenkonstellationen untersucht, aus denen heraus Vorurteile entstehen, um die Theorie des Intergruppenkontakts zu prüfen, darunter zum Beispiel Herkunft, Religion und sexuelle Orientierung. Die Möglichkeit, mit Menschen anderer Herkunft in Kontakt zu kommen, reduziert die Wahrscheinlichkeit für menschenfeindliche Einstellungen und Verhaltensweisen (z. B. Rees et al. 2019; Wagner et al. 2020). Schon im Rahmen der Langzeitstudie zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, an die die Mitte-Studie anschließt, konnten Wagner et al. (2003) zeigen, dass ein höherer Ausländer_innenanteil in einem Kreis überzufällig mit positiven Einstellungen gegenüber Immigrant_innen sowie auch weniger rassistischen Einstellungen einhergeht. Weniger untersucht ist allerdings, inwieweit sich der Kontakt auch auf rechtsextreme Einstellungen auswirkt. Da Menschenfeindlichkeit ein Kernelement rechtsextremer Einstellungen ist, liegt es nahe, die Kontakthypothese auch auf den Rechtsextremismus zu übertragen. Für die Analysen in der Mitte-Studie 2020/21 ist also entsprechend der Kontakthypothese anzunehmen: Die regionale Ausprägung rechtsextremer Einstellungen sollte geringer ausfallen, je höher der Ausländer_innenanteil im entsprechenden Kreis ist.

Entgegen der Kontakthypothese betont die Bedrohungshypothese, dass der Anteil an Ausländer_innen oder als »fremd« wahrgenommenen Menschen und Gruppen einen gegenläufigen Effekt habe (Riek et al. 2006; Stephan & Stephan 2000). Der dahinter liegende Grundgedanke besagt, dass der sozioökonomische Status der Mehrheitsgruppe, die geltenden gesellschaftlichen Normen und Werte durch eine »Fremdgruppe« (z. B. Ausländer_innen) als gefährdet wahrgenommen werden. Damit können abwertende Einstellungen wie Vorurteile und menschenfeindliche Einstellungen einhergehen, die sich in der

Mehrheitsbevölkerung verbreiten, je höher der Anteil von »Fremden« wahrgenommen wird oder tatsächlich ist (Wagner et al. 2020). Durch Immigration entstünden beispielsweise Konkurrenzsituationen und Verteilungskämpfe um begrenzte ökonomische Güter, die zu gegenseitiger Abwertung und feindseligen Einstellungen führen können, selbst dann, wenn die Knappheit nur wahrgenommen werde oder Menschen nichts über die »Fremden« wüssten, sie eventuell objektiv gar nicht anwesend sind (Esses et al. 2001). Auch dieser Bedrohungseffekt wurde in einer Metastudie von Riek und Kollegen (2006) nachgewiesen. In Deutschland konnten Studien eine Verbindung zwischen wahrgenommener Intergruppenbedrohung und abwertenden Einstellungen etwa gegenüber Einwander_innen aufzeigen (Semyonov et al. 2004). Die Bedrohungshypothese kommt insgesamt zu einer der Kontakthypothese gegenläufigen Annahme: Die Ausprägung rechtsextremer Einstellungen sollte höher ausfallen, je höher der Ausländer_innenanteil in einer Region ist.

Von der Kontakt- wie Bedrohungshypothese unberücksichtigt bleiben Einflüsse der politischen Kultur und des Minderheiteneinflusses in einer Region auf Einstellungen wie rechtsextreme Orientierungen. Die Forschung zum sozialen Einfluss nimmt an, dass Minderheiten Einstellungen nicht direkt, aber verzögert bei anderen ändern können, wenn sie sich konsistent engagieren (Moscovici 1979). Das hat die AfD in bestimmten Regionen, vor allem im Osten Deutschlands, in besonderem Maße getan und dabei einen Mythos von »Überfremdung« durch Einwanderung aufgebaut. Sie hat dabei vielleicht nicht direkten, wohl aber einen indirekten Einfluss ausgeübt und soziale Normen und die Wahrnehmung, was »normal« sei, verschoben (vgl. auch Zick & Küpper 2016)¹⁵. Das gelingt vor allem dann, wenn andere Parteien sich aus Sorge vor Stimmverlusten anstecken lassen, Sprache und Rhetorik zu übernehmen, und ebenfalls Themen wie Einwanderung und Bedrohungen aufgreifen, wenn auch in milderer Form. Es liegt also nahe, anzunehmen, dass rechtsextreme Einstellungen dort verbreiteter sind, wo rechte politische Gruppierungen einflussreich werden und auch in Wahlen erfolgreich sind. Aktuelle Studien belegen außerdem Zusammenhänge zwischen rechtsextremen Einstellungen und Wahlverhalten

15 Wie lokale rechtspopulistische Kulturen das Thema Einwanderung und Überfremdung ansprechen und lokal Bevölkerungseinstellungen beeinflussen, hat Reuband (2020) genauer analysiert.

(Lubbers & Coenders 2017; Rees et al. 2019). Daher beinhaltet unsere Analyse auch AfD-Wahlerfolge auf Kreisebene. Unsere Annahme lautet: Je höher der (extrem) rechte Wahlerfolg in einer Region, desto höher die dortige Ausprägung rechtsextremer Einstellungen.

3.1.4 Darstellung und Analyse der Ergebnisse

Um die drei Hypothesen zu prüfen, ziehen wir zusätzliche Daten aus Statistiken zur Bevölkerungszusammensetzung und zum Wahlverhalten in Deutschland auf Ebene von Bundesländern, Kreisen und kreisfreien Städten heran (z. B. Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2021). So können wir die beschriebenen Hypothesen also im Kontext von (Land-)Kreisen, in denen die Befragten leben, untersuchen. Dazu können die Befragten in der Mitte-Studie 2020/21 anhand ihrer Telefonvorwahlen auf Kreisebene verortet werden und zu ihren Einstellungen die statistischen Kreisdaten hinzugefügt werden.¹⁶ Da die Befragten zufällig ausgewählt wurden, verwenden wir die durchschnittliche Zustimmung als Indikator für entsprechende Einstellungen in der jeweiligen Analyseregion. Zusammenhänge zum Ausländer_innenanteil und dem AfD-Zweitstimmenanteil in der Bundestagswahl 2017 stellen wir in Tabelle 3.1.1 erst auf der Ebene der Bundesländer dar und prüfen sie anschließend anhand geografisch gewichteter Regressionsanalysen auch auf Ebene von Kreisen und kreisfreien Städten.¹⁷

In Tabelle 3.1.1 sind zunächst die durchschnittliche Zustimmung zu rechtsextremen Einstellungen in der Mitte-Studie 2020/21, der Ausländer_innenanteil 2019¹⁸ laut Statistischem Bundesamt sowie der AfD-Zweitstimmenanteil bei der Bundestagswahl 2017 dargestellt.

16 Alle Befragten wurden über die geltenden rechtlichen Bestimmungen zum Datenschutz aufgeklärt. Eine Wahrung der Anonymität der Daten wurde stets gewährleistet.

17 Solche Analysen korrigieren für die Tatsache, dass die betrachteten Maße in aneinandergrenzenden kleinteiligeren Regionen schon allein aufgrund ihrer unmittelbaren Nähe zusammenhängen, wodurch eine Voraussetzung für konventionelle statistische Verfahren (Unabhängigkeit von Messfehlern) verletzt wird. Zum besseren Verständnis berichten wir dennoch Korrelationskoeffizienten, um die Zusammenhänge zu quantifizieren. Die Schlussfolgerungen auf Grundlage von konventionellen und geografisch gewichteten Analysen unterscheiden sich in diesen Fällen nicht voneinander (vgl. Anselin et al. 2006; Rees et al. 2019).

18 Es handelt sich um die aktuellsten Daten, die im Frühjahr 2021 vorlagen.

Darstellung der durchschnittlichen Zustimmungen zu rechtsextremen Einstellungen, Ausländer_innenanteil und AfD-Zweitstimmenanteil (Ebene der Bundesländer) ^a Tabelle 3.1.1

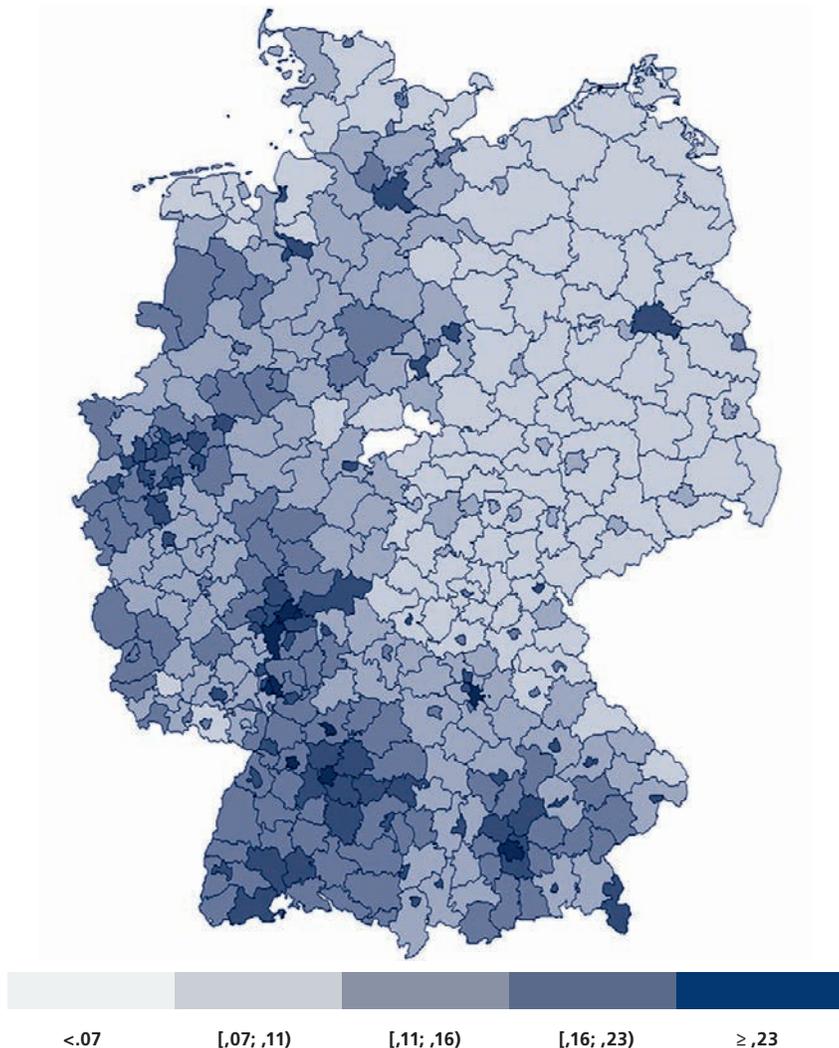
Bundesland	Rechtsextreme Einstellungen Mitte-Studie 2020/21	Ausländer_innenanteil 2019 (%)	AFD-Zweitstimmenanteil Bundestagswahl 2017 (%)
Brandenburg	2,09	5	21
Sachsen	1,94	5	28
Sachsen-Anhalt	1,83	5	20
Thüringen	1,81	5	23
Rheinland-Pfalz	1,76	11	12
Schleswig-Holstein	1,75	9	8
Saarland	1,73	10	10
Baden-Württemberg	1,71	16	13
Bayern	1,68	12	13
Mecklenburg-Vorpommern	1,60	5	18
Nordrhein-Westfalen	1,60	13	10
Niedersachsen	1,60	9	9
Hessen	1,59	15	12
Hamburg	1,58	17	8
Bremen	1,53	19	11

Anmerkungen ^a Mittelwerte; Skala 1–5. | Die Bundesländer sind zur besseren Anschaulichkeit absteigend nach Zustimmung zu rechtsextremen Einstellungen sortiert. Es ergeben sich Abweichungen zu anderen Quellen, weil die hier berichteten Daten der Einheitlichkeit halber als Durchschnitt über Kreise je Bundesland berechnet wurden.

In den vier Bundesländern, in denen die durchschnittliche Zustimmung zu rechtsextremen Einstellungen am höchsten ist – Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen –, ist auch der Ausländer_innenanteil im Vergleich zu den anderen Bundesländern sehr gering. Gleichzeitig war die AfD in diesen Regionen bei der Bundestagswahl 2017 besonders erfolgreich und erzielte jeweils Zweitstimmenanteile von über 20 %. Die generelle Feststellung, dass es sich bei den genannten Bundesländern um »Problemregionen« handle, greift aber zu kurz. So ist zum Beispiel in Mecklenburg-Vorpommern, einem Land mit ähnlichem Ausländer_innen- und AfD-Zweitstimmenanteil wie in anderen ost-

Ausländer_innenanteil 2019
(auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte)

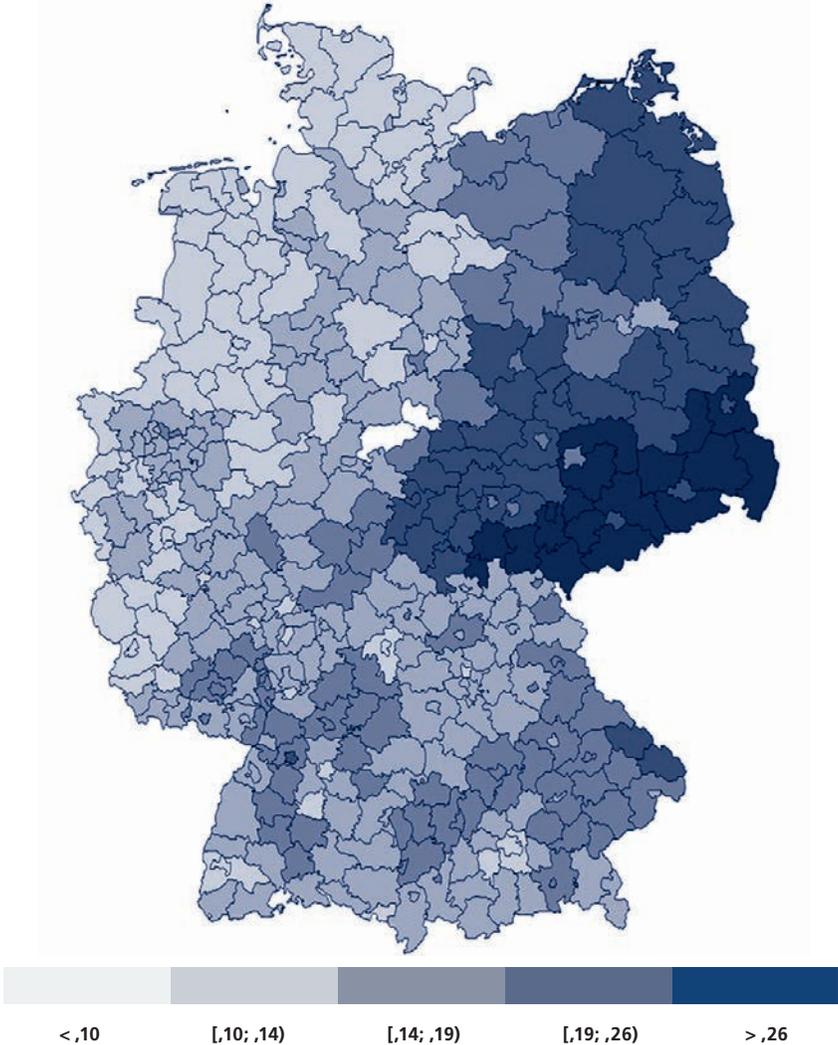
Abb. 3.1.1 a



deutschen Bundesländern, eher ein mittleres Ausmaß rechtsextremer Einstellungen festzustellen. Umso mehr ist ein genauerer Blick auf die regionalen Zusammenhänge auf kleinerer lokaler Ebene sinnvoll. Dies erfolgt im nächsten Schritt.

Zweitstimmenanteil AfD bei der Bundestagswahl 2017
(auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte)

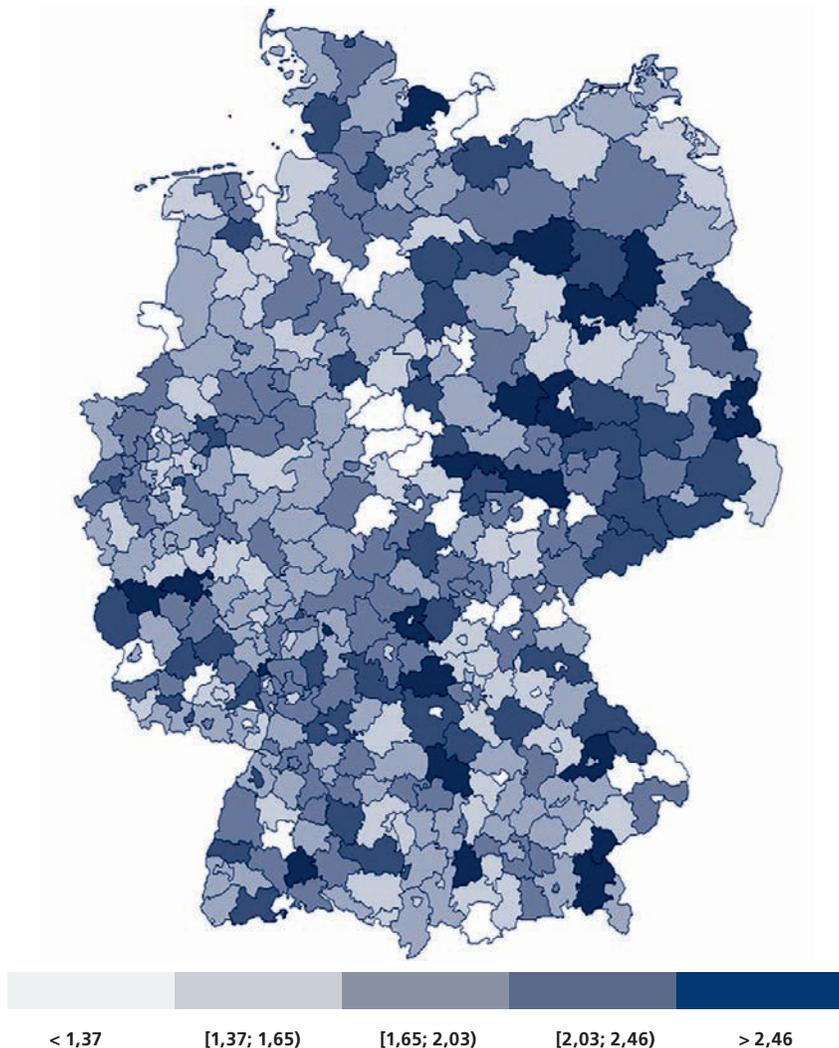
Abb. 3.1.1 b



Wie in Abbildungen 3.1.1a–c (→ S. 118-120) dargestellt, sind rechtsextreme Einstellungen in der Mitte-Studie 2020/21 auch auf der Kreisebene nicht zufällig über Deutschland hinweg verteilt. Sie werden häufiger in Regionen mit

Mittlere Ausprägung rechtsextremer Einstellungen in der Mitte-Studie 2020/21
(auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte)

Abb. 3.1.1 c



einem geringeren Ausländer_innenanteil geäußert.¹⁹ Außerdem stimmen Befragte rechtsextremen Aussagen häufiger in solchen Regionen zu, in denen die AfD bei der Bundestagswahl 2017 erfolgreich war.²⁰ Bei gleichzeitiger Kontrolle

beider Faktoren ist der AfD-Anteil bedeutsamer für die Vorhersage von rechts-extremen Einstellungen in der Mitte-Studie 2020/21.²¹

Zu beachten ist, dass sich die Zusammenhänge der Einstellungswerte mit *Ausländer_innenanteil* und *AfD-Wahlerfolg* auf einem eher geringen Niveau bewegen und niedriger ausfallen als etwa der Zusammenhang zwischen dem *Ausländer_innen-* und dem *AfD-Zweitstimmenanteil* untereinander.²² Zusammenhänge zwischen subjektiven Einstellungswerten und objektiven Kontextfaktoren sind theoretisch voraussetzungsreich und inhaltlich nicht trivial.²³

3.1.5 Regionalpolitisches Klima und rechtsextreme Einstellungen

Dass menschenfeindliche und rechtsextreme Einstellungen dort besonders verbreitet sind, wo der Anteil von *Ausländer_innen* sowie anderen Gruppen wie zum Beispiel *Immigrant_innen* und *Asylsuchenden* gering ist, wurde im Rahmen der Forschung zur Kontakthypothese gut dokumentiert (z. B. Wagner et al. 2020; Wolter et al. 2020; Rees et al. 2019). Die Analysen bestätigen, dass die Potenziale des Kontakts mit Menschen anderer Herkunft sowie die Diversität, die mit dem *Ausländer_innenanteil* verbunden ist, die negativen Bedrohungspotenziale zu überwiegen scheinen und »Fremdenfeindlichkeit« reduzieren.

19 Dies gilt für konventionelle Korrelationsanalysen, $r(360) = -.17$, $p < .01$, ebenso wie für geografisch gewichtete, $t = 3,13$, $p < .01$.

20 $r(360) = .23$, $p < .01$, $t = 4,30$, $p < .01$.

21 Die Vorhersagekraft des Faktors *Ausländer_innenanteil* sinkt sowohl in konventionellen ($t = 1,56$, $p = .12$) als auch in geografisch gewichteten Regressionsanalysen auf ein nicht signifikantes Niveau ($t = 1,56$, $p = .12$), während der AfD-Anteil weiterhin signifikant mit durchschnittlichen rechts-extremen Einstellungen pro Kreis zusammenhängt, $\beta = .19$, $t = 3,40$ bzw. $t = 3,32$, beide $ps < .01$.

22 *Ausländer_innenanteil* und *AfD-Wahlerfolg* hängen zusammen mit $r(400) = -.40$, $p < .001$ bzw. $t = 8,33$, $p < .001$.

23 So setzen solche Zusammenhänge etwa voraus, dass sich Befragte über die tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort bewusst sind und diese sich wiederum auf ihre Einstellungen auswirken. Aufgrund der Methodik der Mitte-Studie variiert die Anzahl Befragter pro Kreis enorm und nicht für alle Kreise liegen Daten vor. Die Angaben von Befragten, die per Mobiltelefon kontaktiert wurden, lassen sich nicht lokal verorten. So erhöht sich insgesamt die Fehlervarianz und die Obergrenze der Zusammenhänge sinkt, die mit den Einstellungsdaten überhaupt technisch nachzuweisen sind. Insofern unterschätzen die hier berichteten vermutlich eher die tatsächlichen Zusammenhänge. Dass sie dennoch statistisch signifikant ausfallen, mag einerseits als externe Validierung der Umfragedaten angesehen werden. Da die Zusammenhänge andererseits in die jeweils theoretisch erwartete Richtung deuten, lassen sie sich zudem auch inhaltlich zuverlässiger interpretieren.

Wenn gefragt wird, warum rechtsextreme Einstellungen dort verbreitet sind, wo der Ausländer_innenanteil gering ist, mag die Antwort naheliegen, dass sie genau deswegen dort verbreitet sind, *weil* der Ausländer_innenanteil gering ist. Eine solche Aussage ist aber auf Grundlage der hier berichteten einfachen Zusammenhangsanalysen nicht möglich, weil dabei viele andere Faktoren unberücksichtigt bleiben und Querschnittsumfragedaten die Prüfung von Kausalannahmen ohnehin nicht zulassen. Es könnte zum Beispiel sein, dass Menschen gezielt aus Regionen wegziehen, in denen sie täglich mit rechtsextremem Hass und menschenfeindlicher Ausgrenzung konfrontiert sind. Dann wäre der Ausländer_innenanteil gering, weil rechtsextreme Einstellungen vor Ort verbreitet sind. Weitere Hypothesen wären denkbar. Dass sich die Zusammenhänge von soziostrukturellen Kontextfaktoren mit den Daten der Mitte-Studie 2020/21 zeigen lassen, ist jedoch bemerkenswert, und ein Wert besteht auch darin, diejenigen Regionen zu identifizieren, in denen Initiativen aus Zivilgesellschaft, politischer Bildung und Präventionsprogrammen gegen Rechtsextremismus besonders notwendig und förderungsbedürftig sind.

Rechtsextreme Einstellungen sind in der Mitte-Studie 2020/21 insbesondere dort verbreitet, wo die AfD bei der Bundestagswahl 2017 erfolgreich war. Zudem ist die Vorhersagekraft des AfD-Wahlerfolgs für rechtsextreme Einstellungen vor Ort höher als die des Ausländer_innenanteils. Wie bereits an anderer Stelle berichtet, sind in solchen Regionen mit hohem AfD-Wahlerfolg auch Hasstaten gegen Geflüchtete und deren Unterkünfte wahrscheinlicher (Wagner et al. 2020; Rees et al. 2019). Rechtspopulistische Parteien wie die AfD sind dort besonders erfolgreich, wo ein Klima der Feindseligkeit gegen soziale Gruppen und Menschen, insbesondere »Ausländer_innen«, herrscht, deren Anteil in den jeweiligen Regionen ironischerweise häufig besonders gering ausfällt. »Überfremdung« und andere rechtsextreme Bedrohungsnarrative scheinen demnach vor allem dort zu verfangen, wo objektiv nur wenig »Fremde« anzutreffen sind. Gleichzeitig sprechen die Daten dafür, dass die AfD oder ihre Anhänger_innen selbst ein Faktor sein könnten, der zur Normalisierung eines menschenfeindlichen Klimas auf Einstellungsebene beiträgt.